

127. Deutscher Ärztetag

Reinhardt bleibt Präsident der Bundesärztekammer

Der 127. Deutsche Ärztetag in Essen hat Dr. Klaus Reinhardt erneut zum Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK) gewählt. Der 62-jährige Facharzt für Allgemeinmedizin aus Bielefeld ist seit zwölf Jahren Vorsitzender des Hartmannbundes und seit 2019 BÄK-Präsident.

Reinhardt konnte sich im ersten Wahlgang mit 125 zu 122 Stimmen gegen seine Mitbewerberin aus dem BÄK-Vorstand, Dr. Susanne Johna, durchsetzen. In seiner Vorstellungsrrede verwies Reinhardt darauf, dass es der Bundesärztekammer in den vier Jahren seiner Präsidentschaft trotz Pandemie gelungen sei, deutliche Akzente in der Gesundheitspolitik zu setzen. Erfolgreich habe man Themen wie Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, investorengetragene Medizinische Versorgungszentren oder Klima und Gesundheit in die öffentliche Debatte tragen können.

Die bei der Abstimmung nur knapp unterlegene erste Vorsitzende des Marburger Bundes wurde mit großer Mehrheit als Vizepräsidentin der BÄK gewählt. Susanne Johna erhielt 206



Das neue Präsidium der Bundesärztekammer: Dr. Susanne Johna, Dr. Klaus Reinhardt und Dr. Ellen Lundershausen (v.l.n.r.)

Foto: Jürgen Gebhardt

der 239 abgegebenen Stimmen. Die Oberärztin für Krankenhaushygiene in Rüdeshcim ist seit 2016 Mitglied im Vorstand der BÄK. Als weitere Vizepräsidentin wurde Dr. Ellen Lundershausen in ihrem Amt bestätigt. Die Präsidentin der Landesärztekammer Thüringen, niedergelassene Fachärztin für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde in Erfurt, kam auf 168 der 248 abgegebenen Stimmen. *tg*

Berufsrecht

Warnung vor unseriösen Adressverzeichnissen

Die Ärztekammer Nordrhein warnte in der ersten Juli-Ausgabe 1973 des *Rheinischen Ärzteblatts (RÄ)* in der Rubrik „Bekanntmachungen“ vor Angeboten unseriöser Verlage. Die Kammer wies darauf hin, dass die Aufnahme eines Arztes in ein „unvollständiges, nichtamtliches Sonderverzeichnis“ als Werbung angesehen werde. Die damals gültige Berufsordnung untersagte den Ärztinnen und Ärzten jede Art von Werbung. Deshalb „werden alle Ärzte dringend gebeten, auf solche Angebote nicht einzugehen, da sie hierdurch gegen die berufsrechtlichen Bestimmungen verstoßen würden.“

In der zweiten Juli-Ausgabe 1973 gab das RÄ einen ministeriellen Runderlass des Lan-

des wieder, der sich mit der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs beschäftigte. Einleitend wird festgestellt, dass sich Drogenkonsum sowohl mit illegalen Substanzen, aber auch mit Beruhigungs-, Schlaf- oder Aufputzmitteln in allen sozialen Schichten ausbreite. Eine Ursache sei insbesondere unter Jugendlichen die Bereitschaft „zu nonkonformen Verhaltensweisen und konstitutionell bedingten spezifischen Persönlichkeitsstrukturen“. Auch die Verfügbarkeit von bis dahin unzugänglichen Drogen habe die Drogenszene geprägt. Dreh- und Angelpunkt sei vorbeugende Aufklärung. Denn nach „bisherigen Erfahrungen lassen Hilfen für bereits Drogenabhängige oder Drogensüchtige nur begrenzte Erfolge erwarten“, schrieb das Landesgesundheitsministerium in dem Runderlass. *bre*

DAK-Report

Drohende Mental-Health-Pandemie

Kinder und Jugendliche in Deutschland sind durch anhaltende Krisen weiter stark psychisch belastet. Vor allem Mädchen sind betroffen. Das geht aus dem aktuellen DAK-Kinder- und Jugendreport hervor. Ausgewertet wurden Krankenhausdaten aus den Jahren 2018 bis 2022. Danach wurden 2022 ein Drittel mehr Teenagerinnen zwischen 15 und 17 Jahren mit einer Angststörung in Kliniken versorgt als im Vor-Corona-jahr 2019. Auch die Behandlungszahlen bei Essstörungen und Depressionen nahmen der DAK zufolge deutlich zu. Mediziner sähen wachsende Zukunftsängste bei jungen Menschen und warnten vor einer „Mental-Health-Pandemie“ durch Seelenleiden. Der Report zum Download: https://www.dak.de/dak/unternehmen/berichte-forschung/kinder-und-jugendreport-2023_36758

HK

BMC-Empfang

Akteure in Reformen einbeziehen

Uneinigkeit bei der Zahl und Definition von Gesundheitsregionen sowie zur Ausgestaltung und Finanzierung der Krankenhausstrukturen zeichneten sich beim Sommergespräch der NRW Regionalabteilung des Bundesverbands Managed Care (BMC) am 5. Juni in Düsseldorf unter den geladenen Landesgesundheitspolitikern ab. Einigkeit bestand hingegen darüber, dass alle Akteure der Gesundheitsversorgung einbezogen werden müssen, um Defizite in den Reformansätzen zu beheben. *EB*

RA VOR 50 JAHREN